

**Sperrfrist bis 27.08.2016, 10 Uhr.
Es gilt das gesprochene Wort.**

Parteiversammlung BDP Schweiz Samstag, 27. August 2016, Altdorf

Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Gäste
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie herzlich hier in Altdorf zu unserer heutigen Parteiversammlung, einer Parteiversammlung der speziellen Art. Wir sind hier am Puls der Wirtschaft, um einerseits unsere Verbundenheit mit verantwortungsvollem Unternehmertum zu verdeutlichen und natürlich auch, um über aktuelle Herausforderungen der Schweizer Wirtschaft zu sprechen.

Ich freue mich, unseren heutigen Gastgeber begrüssen zu dürfen und heisse Herrn Johannes Müller, den CEO der Firma Dätwyler cabling solutions AG, willkommen. Herzlichen Dank, dass wir heute bei Ihnen sein dürfen. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Vertretern von Economiesuisse, welche den heutigen Anlass als Pilotprojekt initiiert und zusammen mit dem Team unseres Generalsekretariats organisiert haben.

Ein heutiges Schwerpunktthema sind die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa, welche seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative auf dem Prüfstand stehen. Die Umsetzung dieser Initiative gehört zu den grössten und anspruchsvollsten politischen Herausforderungen der Gegenwart. Anspruchsvoll deshalb, weil der angenommene Initiativtext kompliziert und widersprüchlich formuliert ist, indem er einerseits gesamtwirtschaftliche Interessen betont und andererseits im Konflikt zur vertraglich vereinbarten Personenfreizügigkeit steht.

Anspruchsvoll aber auch deshalb, weil sich die Europäische Union selber in einer historischen ZerreiSSprobe befindet, die nach dem Austrittsentscheid von Grossbritannien – dem so genannten BREXIT - zusätzlich an Komplexität und Brisanz gewonnen hat. Das Ganze kann dann eine Chance sein, wenn sich die Europäische Union zu sinnvollen und nachhaltigen Reformen durchringen kann. Ob dies gelingt, ist heute aber noch völlig offen. Und vor allem korrespondiert dies alles nicht mit dem Zeitdruck, den sich die Schweiz für ihr partielles Anliegen selber auferlegt hat.

Nun, wir werden darüber im Laufe der heutigen Versammlung noch ausführlich diskutieren, und ich freue mich auf die entsprechenden Referate. Sprechen wir aber vorerst doch auch darüber, weshalb wir heute vor einer derart komplexen Herausforderungen stehen, warum die Masseneinwanderungsinitiative an jenem 9. Februar 2014 überhaupt angenommen wurde.

Einerseits wurden dabei sicherlich bestehende – berechnete und unberechnete - Sorgen rund um die Zuwanderung erfolgreich bewirtschaftet und zusätzlich geschürt. Andererseits wurde aber auch der Ruf der Wirtschaft nicht gehört. Sämtliche Ermahnungen über die Gefahren, namentlich die Standortgefährdung dieser Initiative wurden ignoriert. Dies im Unterschied zu früheren Abstimmungen, bei denen sich das Stimmvolk jeweils schützend vor die Wirtschaft gestellt hat, wenn diese appellierte, dem Standort und seinen Rahmenbedingungen Sorge zu tragen.

Diese reflexartige Solidarität der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegenüber der Wirtschaft - der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber den politischen Anliegen ihrer Arbeitgeber - scheint gelitten zu haben. Bereits die Annahme der so genannten Abzockerinitiative war hier mehr als ein Schuss vor den Bug, und die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat dann definitiv eine riesige und schädliche Unsicherheit entstehen lassen. Die grossen Stärken der Schweiz als stabiler, verlässlicher Standort mit Rechts- und Planungssicherheit wurden mitten ins Herz getroffen. Und dies ausgerechnet mit Initiativen aus so genannten – angeblich - bürgerlichen Kreisen, während andere wirtschaftsschädliche Anliegen von der politischen Linken stets erfolgreich abgewehrt werden konnten.

Die Gründe dafür mögen in verschiedenen, kumulierten Stimmungsbildern zu suchen sein. Aber sie lassen sich am Schluss alle mit der Situation des Schweizerischen Mittelstandes erklären. Der Mittelstand trägt dieses Land und er regiert dieses Land faktisch über die direkte Demokratie. Und das ist gut so! – Aber wir dürfen nicht unterschätzen, dass sich der Mittelstand immer mehr in die Machtlosigkeit und Hilflosigkeit eines Hamsterrads versetzt fühlt. Er fühlt sich weder von der Wirtschaft noch von der Politik vertreten und ernst genommen. Teilweise zu Recht, teilweise zu Unrecht. Aber es ist eine Tatsache.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass jegliche soziale und ökonomische Entwicklung in unserem Land am kollektiven Selbstbild des Mittelstands gemessen werden muss, dass jegliche politische Veränderung in unserem Land den Anliegen und Sorgen des Mittelstands standhalten muss. Und dem Mittelstand ist es dabei egal, wie in Studien belegt wird, ob es ihm gerade eher gut oder eher nicht so gut geht. Für den Mittelstand zählt sein persönliches Befinden, aus dem ein kollektives Stimmungsbild entsteht.

Der renommierte, inzwischen verstorbene Banquier Hans J. Bär hat bereits im Jahr 2004 in seinem Buch nicht nur das Bankgeheimnis kritisiert, sondern auch Folgendes geschrieben:

„Vorstandsbezüge im zweistelligen Millionenbereich sind eine Anstiftung zum Klassenkampf von oben.“

Und das war nicht die Aussage eines Sozialisten oder Gewerkschafters, sondern eines wohlhabenden, liberalen Unternehmers. - Es ging ihm dabei kaum darum, dass sich Leistung nicht lohnen sollte. Es ging ihm wohl auch nicht um die effektive Höhe der Beträge oder um eine staatliche Regulierung derselben. Vielmehr wollte er zu Verhältnismässigkeit und Verantwortung ermahnen.

Wenn der Mittelstand von steigenden Krankenkassenprämien belastet wird, wenn berufstätige Eltern mit Hürden, statt Erleichterungen konfrontiert sind, wenn die über 50jährigen Angst vor oder wegen Arbeitslosigkeit haben, dann fällt es ihnen schwer, sich an steigenden Aktienkursen oder an allfälligen Rekordbezügen ihrer Vorgesetzten zu freuen. –

Und das hat rein gar nichts mit einer geschürten Neidkultur zu tun, sondern mit den echten Sorgen des bürgerlichen Mittelstands.

Gefordert sind Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Wir müssen gemeinsam bürgerliche Lösungen für die Herausforderungen des bürgerlichen Mittelstands finden. Bürgerliche Lösungen als Antworten auf linke Rezepte und auf konservative Isolierung. Es braucht freiwillige und spürbare Schritte der Wirtschaft in die Richtung der Anliegen und Sorgen des Mittelstands. Es genügt nicht, einfach nur zu betonen, was gut und wichtig für die Wirtschaft ist. Es braucht auch gesellschaftspolitisches Engagement. Bürgerliche Massnahmen für die Förderung inländischer Arbeitskräfte, bürgerliche Massnahmen für bessere Rahmenbedingungen zugunsten berufstätiger Eltern, bürgerliche Massnahmen für die Erreichung der in der Bundesverfassung postulierten Lohngleichheit, bürgerliche Massnahmen für bessere Arbeitsmarktchancen der älteren Generation, bürgerliche Massnahmen für die Energiewende.

Ich bin überzeugt, dass es über diesen Weg der Bevölkerung, namentlich dem Mittelstand, dann wieder leicht fallen würde, den vermissten Stolz auf die Schweizer Wirtschaft und die verlorene Solidarität gegenüber den Unternehmen dieses Landes zurückzugewinnen.

Und ich bin ebenso davon überzeugt, dass dies genau im Sinne vieler Unternehmerinnen und Unternehmer ist. Wir verfügen in diesem Land über zahlreiche vorbildliche und verantwortungsvolle Führungskräfte und Kaderleute, die eine klare Mehrheit der Schweizer Wirtschaft repräsentieren. Diese Vorbilder müssen vermehrt ins Rampenlicht, ins Schaufenster der Öffentlichkeit - und in die Politik...

Möglicherweise braucht es auch in der Wirtschaft einen Aufstand der Anständigen. - Einen Aufstand der verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land.

Die Politik wiederum darf ihrerseits nicht jegliche Exzesse goutieren, nur weil diese per definitionem liberal sind. Es ist nicht wirtschaftsfeindlich, wenn die Politik die Wirtschaft dort auch mal kritisiert, wo sie sich selber schadet. Denn wer die Schlechten schont, der straft die Guten. Auch eine liberale Politik muss moralische Prinzipien haben. Auch eine liberale Politik muss sich über soziale und ökologische Verantwortung definieren.

Das sind explizit Werte der BDP, meine Damen und Herren, unserer Partei, die verantwortungsvolles Unternehmertum schon seit ihrer Gründung im Parteiprogramm stehen hat. „Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.“ – Auch dies steht so wörtlich in unserem Parteiprogramm, und zwar im Kapitel ‚Wirtschaft‘ – und dies nicht zufällig.

Deshalb engagieren wir uns für eine Zukunft als modernes und fortschrittliches Land, wo sich Menschen und Unternehmen gegenseitig respektieren, ein hohes Mass an Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung beweisen und gleichzeitig Verantwortung übernehmen für die sozial Schwächeren und für die Umwelt.

Diese Werte und Ziele wurden an den letzten Wahlen geschwächt. Die neue Legislatur zeigt klare Rückwärtstendenzen und zu wenig Gespür für die Gestaltung von tragfähigen Kompromissen. Gerade die Schlagzeilen der letzten Tage rund um die Altersreform 2020 verdeutlichen, dass ein stures Verharren auf eigenen Positionen die typisch schweizerische Kompromissfähigkeit verdrängt hat. Es geht nur noch darum, Recht zu haben, während man gleichzeitig ausklammert, dass man auch Recht bekommen muss – und zwar an der Urne.

Ebenso hat die neue Mehrheit im Parlament bedenkenlos die Investitionen in die Bildung gebremst – der wichtigsten Ressource, welche unserem Land, unserer Wirtschaft zur Verfügung steht. Und sämtliche gesellschaftspolitischen Fortschritte – insbesondere zugunsten der Frauen – werden im Keim erstickt, anstatt die klaren bürgerlichen Mehrheiten dafür zu nutzen, zusammen bürgerliche Lösungen zu gestalten.

Die neue Frage in der Schweizer Politik ist deshalb nicht mehr diejenige nach „links oder rechts“, meine Damen und Herren, sondern die Frage, ob „vorwärts oder rückwärts“. Die BDP steht hier klar für vorwärts, und ich bin davon überzeugt, dass die aktuelle Rückwärtstendenz nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler ist. Und ich freue mich schon heute auf die korrigierende Weichenstellung im Jahr 2019.

In der Zwischenzeit werden wir uns hartnäckig für bürgerlichen Fortschritt und für lösungsorientierte Kompromisse einsetzen. Und wir werden damit den Menschen in diesem Land aufzeigen, wen es zu stärken gilt, wenn es dann wieder vorwärts gehen soll.

Wenn sich also jemand suchend nach einer fortschrittlichen, modernen und verantwortungsvollen bürgerlichen Politik umschaute... - Hier sind wir! Und wir sind gekommen, um zu bleiben.